

- Ingrao Charles (2003): Serbia Building Bridge to West <http://news.uns.purdue.edu/UNS/htm14ever/030207.O.Ingrao.Serbia.html>
- Milicevic Boris (2000): The Thomas Mann of our Neighbourhood <http://www.xs4all.nl/~freeserb/interviews/2000/e-Čanak 16042000.html> (3.3.2003)
- Petkovic Ratomir (2001): Fate of the third Yugoslavia: Why is Čanak Decried? <http://www.helsinki.org.yu/authors-singletext.php?lang=en&idteksta=227> (3.3.2003)
- Putnik Milena (1998): Vojvodina on the Problem of Kosovo. The Spectre of War and Experience. <http://www.aimpress.org/dyn/trae/archive/data/199303/80309-trae-beo.htm>
- (1999): Political Scene of Vojvodina. <http://www.freeserbia.net/Articles/1999/Vojvodina.html> (4.3.2003)
 - (2001): Referendum on Property. <http://www.freeserbia.net/Articles/2001/Referendum.html> (4.3.2003)
- Radulovic Zoran (1999): Montenegrin Statehood Must be Defended. <http://www.cdsp.neu.edu/info/students/marko/monitor/monitor1.html> (4.3.2003)
- Robinson B.A. (1999): Religious Aspects of the Yugoslavia Vojvodina Conflict. http://www.religioustolerance.org/war_koso.htm (3.3.2003)
- Serbische Regierung (2003): Offizielle Internetseite der serbischen Regierung. <http://www.serbia.sr.gov.yu> (27.6.2003)
- Stojkovic Dragan (2001): The Appointment of a Vojvodina Television Chief Generates a Violent Reaction from one Local Politician <http://www.european-forum.bot-consult.se/cup/yugoslavia/socdem.htm> (4.3.2003)
- TAZ (1999): Interview mit Nenad Čanak, in: Die Tageszeitung, Berlin, 5.7.1999, S.3. <http://www.dfg-vk.de/international/kosov233.htm> (4.3.2003)

Ökonomische Transformation in der Vojvodina

Béla Filep

1. Einleitung

Der 1989 eingeläutete Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des sozialistischen Systems war in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas der Beginn eines gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Wandels. Im wirtschaftlichen Bereich bedeutete dies in erster Linie das Ende der Planwirtschaft und den Anfang des Aufbaus marktwirtschaftlicher Strukturen.

Das sozialistische Jugoslawien zerfiel 1991 und obwohl es in der gesamten Nachkriegszeit eine gewisse politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Sowjetunion hatte wahren können, waren seine Nachfolgestaaten vor ähnliche Herausforderungen gestellt wie die ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion. Das Jugoslawien vor 1991 war zwar ‚blockfrei‘, aber dennoch sozialistisch und wies in vielen Bereichen ebenfalls stark planwirtschaftliche Strukturen auf. Mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa war denn auch in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine grundlegende Transformation des Wirtschaftssystems zu erwarten.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen nach 1991 behinderten diesen Prozess allerdings beträchtlich. Insbesondere für Serbien ergaben sich durch die Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zusätzliche wirtschaftliche Probleme; unter dem Regime Miloševićs konnten kaum geordnete Reformen angegangen werden. Betroffen war damit auch die Vojvodina, welcher Milošević bereits 1989 den Status einer autonomen Provinz aberkannt hatte und die dadurch stark unter den Einfluss Belgrads geriet. Im schleichenden Prozess der Transformation in Serbien war die Vojvodina denn auch immer von den Reformen in Belgrad abhängig und so ist es nur bedingt möglich, von einem rein ‚vojvodinischen‘ Übergang zu sprechen. In diesem Beitrag soll aber versucht werden, die transformatorischen Eigenheiten der Vojvodina aufzuzeigen.

Die ökonomische Transformation in der Vojvodina wird basierend auf dem Drei-Phasen-Modell von Heinz Fassmann (1997) analysiert. Daher wird in einem ersten Schritt der theoretische Rahmen präsentiert. Es folgt die Situierung der Vojvodina im planwirtschaftlichen System vor 1991 und letztlich ausführlich die Analyse der intermediären Phasen der Transformation – die Transformations-

massnahmen und -phänomene. Es soll gezeigt werden, wie sich die Vojvodina nach 1991 Richtung Marktwirtschaft bewegt und was für Konsequenzen dies mit sich geführt hat.

2. Theorie der (ökonomischen) Transformation

Zur ökonomischen Transformation in den ehemals sozialistischen Staaten gibt es eine grosse Bandbreite an Literatur; sowohl Länder übergreifend als auch mit Fokus auf einzelne Staaten wurde seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion viel publiziert (Gabrisch und Hölscher 2006; Brunner 2000; Blanchard 1997; Gros und Steinherr 2004; Turnock 1997). Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Transformationsdefinition von Heinz Fassmann (1997), wonach Transformation kein singuläres Ereignis, sondern einen Prozess darstellt.

„[Transformation] ist der Übergang vom Plan zum Markt, die Umwandlung eines zentral gesteuerten planwirtschaftlichen Entscheidungssystems in ein dezentrales, atomistisch zersplittertes marktwirtschaftliches System.“ (Fassmann 1997:15)

Tabelle 1: Drei-Phasen-Modell der Transformation

Phasen	Situation, Massnahmen
Ausgangssituation	Planwirtschaft
Intermediäre Phasen	(politische) Transformationsmassnahmen (z.B. gesetzliche Regelungen) Transformationsphänomene (z.B. Schliessung der Märkte, soziale Polarisierung, Ost-West-Wanderung, Verlagerung von Produktionsstätten)
Zielsituation	Marktwirtschaft

Quelle: Fassmann (1997:16)

Fassmann unterteilt den ökonomischen Transformationsprozess in drei Phasen. Diese scharfe Trennung ist einerseits allzu simplifizierend, da erstens – wie das jugoslawische Beispiel zeigt – sich auch im planwirtschaftlichen System privatwirtschaftliche Marktstrukturen herausgebildet haben und zweitens nur schwer überprüft werden kann, wann die intermediären Phasen überwunden sind und welche Form der Marktwirtschaft (neoklassisch-liberale oder soziale) überhaupt angestrebt wird (Fassmann 1997). Anderseits ermöglicht die scharfe Trennung eine differenzierte Konzentration auf die intermediären Phasen, mit denen sich die Transformationsforschung befasst.

Tabelle 2: Massnahmen und Folgen der Transformation

Transformationsmassnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Liberalisierung des Außenhandels • Freie Preisbildung, Streichung von Subventionen • Beschäftigungsgesetze; Konkursgesetze • Privatisierungsprogramme • Restitution • Institutionsbildung (Banken, Bausparkassen, Börsen) • Geld-, Wirtschafts-, Steuerpolitik
Transformationsphänomene	<ul style="list-style-type: none"> • Umstrukturierung des Außenhandels • Inflation • Arbeitslosigkeit; Einkommensdifferenzierung • Neue Unternehmer; liberalisierte Mietpreisbildung • Segregation

Quelle: Fassmann (1997:19)

Fassmanns volkswirtschaftliche Perspektive ergänzt Blanchard (1997) mit dem Begriff der Reallokation, welche die Umverteilung von Ressourcen von einem ineffizienten, übermäßig grossen Staatssektor in sich neu entwickelnde private Unternehmen bedeutet. Blanchard bringt zusätzlich ein betriebswirtschaftliches Element der Transformation mit ein, die Restrukturierung. Diese findet erst in einer fortgeschrittenen Phase statt: die Entscheidungsträger der verbliebenen ehemaligen Staatsbetriebe erkennen dabei, dass sie ihre Struktur und Organisation der Produktion ändern müssen. Die Staatsbetriebe der Planwirtschaft waren im Vergleich zu Firmen im Westen zu stark vertikal integriert, zu gross und wiesen eine zu hohe Kapitalintensität auf. Die Produktion der dem Westen qualitativ unterlegenen Produkte erfolgte sehr oft mit veralteten Technologien. Illés (2002) knüpft an Blanchard an und kritisiert zum Beispiel die tschechische, politische Elite, welche nach der Wende einen makroökonomischen Liberalismus verkündet habe, dabei aber kaum berücksichtigte, dass die unternehmensinternen Veränderungen, Interessen und Antriebskräfte auf der Mikroebene den eigentlichen Schlüssel des Übergangs bildeten.

3. Makroökonomische Position der Vojvodina im ehemaligen Jugoslawien¹

3.1 Vojvodina – die „Kornkammer“ Jugoslawiens

Im Nachkriegsjugoslawien bildete die Provinz Vojvodina nach den Republiken Slowenien und Kroatien die wirtschaftlich am weitesten entwickelte Region. In der Vojvodina wurden vorwiegend lokale Landwirtschafts- und Viehzuchtprodukte hergestellt. Außerdem fand eine Spezialisierung auf Landwirtschaftsmaschinenbau und die Herstellung von Dünger sowie auf Textil-, Schuh-, Maschinenbau- und Elektroindustrie statt.

Der 1947 in Kraft getretene Fünfjahresplan sah eine schnelle Entwicklung der Schwerindustrie vor. Aufgrund des frühen Bruchs Titos mit Stalin (1948) und der damit verbundenen militärischen Bedrohung verbot das Verteidigungsministerium aus strategischen Gründen allerdings die Errichtung neuer Industrieobjekte in der Vojvodina und in Slawonien; Projekte wurden anderswohin verlagert. Trotzdem konnte die Industrie ihren Anteil am realen Bruttoinlandprodukt in der Vojvodina zwischen 1947 und 1974 von 17,1% auf 29,9% steigern. Verglichen mit den anderen Regionen in Jugoslawien war dieser Anstieg indes klein. In Slowenien und in den unterentwickelten Republiken Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und in der autonomen Provinz Kosovo wuchs der Anteil um 18,9 bis 28,3 Prozent. Obwohl auch in der Vojvodina die Landwirtschaft in derselben Periode an Gewicht verlor, hielt dieser Sektor seine starke Position innerhalb der Provinz (1974: 36,1%, zum Vergleich, 1947: 58,6%) wie auch im gesamten Jugoslawien.

In dem von der Zentrale forcierten Industriesektor wurde in der Vojvodina das Schwergewicht auf die Nahrungsmittelindustrie (1967: 16,7% Anteil am BIP der Vojvodina; 1975: 27,2%), die Textilindustrie (15,3%; 10,4%) sowie auf die Metallindustrie (18,2%; 17,8%) gelegt. Die chemische Industrie (10%; 6,6%) verlor in dieser Periode den vierten Platz an die Erdölbranche, welche – trotz höherer Kapitalintensität und stärkerer Preiskontrolle – ihren Anteil von 6,4 auf 9,8 Prozent steigerte. Metallindustrie, Nahrungsmittelindustrie und Textilindustrie waren hingegen verhältnismäßig wenig kapitalintensiv und relativ schwachen Preiskontrollen ausgesetzt.

¹ Alle Angaben in diesem Kapitel, sofern nicht anders vermerkt, basieren auf Eger (1980).

3.2 Planwirtschaftliche Strukturen in der Vojvodina vor 1991 und das Modell des Selbstverwaltungssozialismus

Zentralismus und Planwirtschaft waren im ehemaligen Jugoslawien im Vergleich zu den anderen „Ostblockstaaten“ schwächer ausgebildet². Trotzdem gab es in Jugoslawien auch typische Elemente der Planwirtschaft:

- a) Einschlägige Eigentums- und Kapitalbeschränkungen
- b) unflexible Grossunternehmen
- c) regulierte Beschäftigungspolitik
- d) politisch regulierte Preise, die nur geringen Schwankungen unterworfen waren
- e) Konzentration auf den Handel mit den jugoslawischen Schwesterrepubliken und den RgW-Staaten.

„In Nachahmung des sowjetischen Modells der Wirtschaftsplanung wurden seit 1946 die Wirtschaftsunternehmen mit Ausnahme von kleineren Handwerks- und Landwirtschaftsbetrieben verstaatlicht und zusammen mit der Staatsverwaltung unter die direkte politische Kontrolle der kommunistischen Partei gestellt. Gleichzeitig wurde eine rigorose Kollektivierungspolitik der Landwirtschaft eingeleitet.“ (Eger 1980:41)

1953 wurde diese Massnahme allerdings wieder abgeschwächt, die maximale Nutzfläche privater Landwirtschaft jedoch auf 10 ha beschränkt. 1977 waren 84,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Jugoslawiens in privater (kleinbäuerlicher) Hand, diese stellten 75,4% der föderativen landwirtschaftlichen Produktion. Anders als in den restlichen Teilen Jugoslawiens waren die sehr fruchtbaren und ebenen Gebiete in der Vojvodina nur zu 61,4% in privatem Eigentum. 38,6% der Nutzfläche befanden sich in gesellschaftlichem Eigentum und wurden mit verhältnismäßig modernen Technologien bewirtschaftet. Die grossen landwirtschaftlichen Organisationen stellten allerdings 46,5% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion in der Vojvodina.

Der so genannte **Selbstverwaltungssozialismus** stellte einen wesentlichen Unterschied zwischen dem jugoslawischen Sozialismus und jenem der anderen sozialistischen Staaten dar. 1950 wurde die Arbeiterselbstverwaltung in allen staatlichen Unternehmen gesetzlich verankert und den Arbeiterräten als höchsten Selbstverwaltungsorganen auf Unternehmensebene weit gehende – vorerst allerdings nur formal bestehende – Rechte übertragen. Die effektive Kontrolle des Produktionsprozesses blieb in den Händen des vom Staat eingesetzten Direktors. Die Unternehmen konnten somit über keine eigenen Mittel verfügen solange das administrative Planungssystem beibehalten wurde.

Mit den Wirtschaftsreformen von 1965 änderte sich in dieser Hinsicht einiges: „Die Eigentums- und Verfügungsrechte der selbstverwalteten Unternehmen an den

² Zum „Selbstverwaltungssozialismus“ weiter unten.

Produktionsmitteln wurden dem Staat gegenüber gestärkt und ihre Selbstfinanzierungsmöglichkeiten durch Steuerabbau verbessert“ (Eger 1980:50). Zwangsabgaben der Wirtschaftsorganisationen zum Ausgleich des Entwicklungsgefälles zwischen den entwickelten und unterentwickelten Republiken und Provinzen einerseits und den Gemeinden andererseits wurden allerdings weiter aufrechterhalten.

Ausserdem hatte der Kapitalbesitzer in Jugoslawien, im Unterschied zur kapitalistischen Unternehmung – wie eingangs erwähnt – abgeschwächte Eigentumsrechte. Es wurde ihm erschwert, für die Bereitstellung von Kapital eine monetäre Rendite zu bekommen. Gerieten daher die drei gesellschaftlichen Unternehmensfunktionen (Produktion von Gütern, Bereitstellung von Arbeitsplätzen, Bereitstellung von Investitionsmöglichkeiten) in Konflikt, so setzten sich in der jugoslawischen Selbstverwaltungsunternehmung die Interessen der Beschäftigten an attraktiven Arbeitsplätzen tendenziell stärker durch als die Kapital- und Konsumenteninteressen. Aus den genannten Gründen war auch das Interesse eher gering, den selbstverwalteten Unternehmen langfristig Mittel zur Durchführung ihrer Investitionsvorhaben zu überlassen.

Abweichend vom zentralistischen System in anderen sozialistischen Staaten waren die einzelnen Republiken und autonomen Provinzen Jugoslawiens befugt, in relativ ausgedehntem Masse sich selbst zu verwalten. So war zum Beispiel die regionale Entwicklungspolitik durch eine strenge Kompetenzabgrenzung zwischen der Föderation sowie den Republiken und autonomen Provinzen gekennzeichnet. Jede Republik und jede autonome Provinz verfügte über einen eigenen Fonds zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer unterentwickelten Gemeinden. Gleichzeitig gab es einen Fonds auf Föderationsebene, dessen Verwaltung über die Verteilung der finanziellen Ressourcen auf die Republiken verfügte. Finanziert wurde dieser Fonds indes unter anderem durch Zwangsanleihen der Unternehmen. Das Zeichnen dieser Zwangsanleihen erfolgte in monatlichen Raten, wobei es den Republiken freigestellt war, die einzelnen Wirtschaftszweige mit unterschiedlichen Sätzen zu belasten. In der Vojvodina wurde seit Anfang der siebziger Jahre die Unterstützung der 17 unterentwickelten Gemeinden aus einem eigenen regionalen Entwicklungsfonds finanziert. Die Mittel wurden verwendungsgebunden und ohne Rückzahlungsverpflichtung vergeben.

4. Intermediäre Phasen der Transformation

4.1 Überblick

Das Beispiel des ehemaligen, föderativen Jugoslawien ist mit keinem anderen Staat im ehemaligen „Ostblock“ zu vergleichen. Jugoslawien war „blockfrei“, das heißt, es war weder Mitglied der NATO und der EWG, noch war es – trotz sozialistischem

System – Mitglied des Warschauer Paktes und des RgW (Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe). Da es wie oben beschrieben eine eigene Form des Sozialismus entwickelt hatte, war es nach der Wende nicht vor identische strukturelle Probleme gestellt wie die anderen sozialistischen Staaten. Das Beispiel Jugoslawien unterscheidet sich von anderen Transformationsstaaten indes auch dadurch, dass seine ehemaligen Republiken nach dem Zerfall auch wirtschaftspolitisch unterschiedliche Richtungen einschlugen. Während beispielsweise in Slowenien im Eilzugs-tempo Reformschritte in Richtung marktwirtschaftlicher Strukturen eingeleitet wurden, verhinderte in „Rest-Jugoslawien“ (Serbien, Kosovo, Vojvodina, Montenegro) das Regime von Slobodan Milošević und seiner reformfeindlichen Regierung einen ähnlichen Transformationsprozess. In einem dritten Punkt unterscheidet sich die „jugoslawische“ Transformation von jener der meisten ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion: Bereits in den 1980er-Jahren wurden zuvor auch in Jugoslawien bestehende planwirtschaftliche Elemente, welche unten erläutert werden, abgeschafft. Anders als in den meisten RgW-Staaten (Ausnahmen: Ungarn und Polen) kann man in Jugoslawien von einem Beginn der intermediären Phase bereits nach dem Tod Titos 1980 sprechen, wenn auch die marktwirtschaftlich orientierten Reformen noch beschränkt waren.

4.2 Transformationsmassnahmen

In der Folge sollen einige Transformationsmassnahmen im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere im Jugoslawien nach dem Zerfall 1991 unter Milošević untersucht werden. Da die Provinz Vojvodina unter Milošević ihren Autonomiestatus verlor, waren die in diesem Rahmen getroffenen Entscheidungen stark von den Diktaten in Belgrad gesteuert. Daher wird die transformatorische Entwicklung der Vojvodina auch im „rest-jugoslawischen“ resp. serbischen Kontext untersucht.

4.2.1 Privatisierung

Privatisierung stellt den Übergang von öffentlichem (im sozialistischen System: staatlichem und gesellschaftlichem) Eigentum in privates Eigentum dar. Die Hauptformen der Privatisierung, welche in den ehemals sozialistischen Staaten angewandt wurden, sind der direkte Verkauf an In- oder Ausländer, der MBO (management-buy-out), der EBO (employee-buy-out), das Coupon-Prinzip oder die Restitution (Illés 2002). Dabei waren der MBO und der EBO am häufigsten verbreitet, auch in Jugoslawien. Auf dessen ehemaliges Selbstverwaltungssystem übertragen bedeutete dies, dass in der Landwirtschaft genossenschaftliches Eigentum an einzelne Bauern übertragen wurde und Unternehmen im zweiten und dritten Sektor nicht mehr Eigentum des selbstverwaltenden Arbeiterkollektivs

waren, sondern im Falle einer Privatisierung an den (oder die) Kapitaleigentümer übergingen.

Im landwirtschaftlichen Sektor war dieser Übergang in Jugoslawien größtenteils gar nicht nötig – bereits 1977 waren 84,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in privatem Eigentum. In der Vojvodina lag dieser Wert allerdings nur bei 61,4% (Eger 1980). Laut der Wirtschaftskammer der Vojvodina³ (*Privredna komora Vojvodine*) betrug 2004 die landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche insgesamt 1.793.000 ha (das sind rund 84% der gesamten Fläche der Vojvodina). Davon waren 1.116.000 ha (62,24%) in privater, kleinbäuerlicher Hand, was ungefähr dem Wert von 1977 entspricht. 585.000 ha (32,63%) wurden von landwirtschaftlichen Firmen bewirtschaftet, welche zu einem grossen Teil aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in privaten Besitz übergegangen waren. Die restlichen 92.000 ha (5,13%) waren Eigentum von weiterhin bestehenden Kooperativen, also so genannt genossenschaftliches Eigentum. Mit der näher rückenden Perspektive eines EU-Beitritts sind die Kleinbauern allerdings stärker unter Druck geraten. Modernisierung und Wettbewerb stellen viele vor immense Probleme. Zudem ist bei steigenden Bodenpreisen zu erwarten, dass sich die Besitzverhältnisse längerfristig zugunsten von grösseren Marktteilnehmern bewegen werden.

Problematisch verhält es sich auch in der Vojvodina mit der Restitution des Eigentums jener, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Kommunistische Partei enteignet worden waren. Nicht nur in der Landwirtschaft sondern auch in den anderen Branchen wird Eigentum an Auktionen versteigert, ohne auf die Interessen der ehemaligen Eigentümer Rücksicht zu nehmen.

Der **Erlös des Gewinns** wird laut Paragraph 61 des 2001 verabschiedeten Privatisierungsgesetzes folgend verteilt⁴:

- 10 % der Erlöse des Eigentumsverkaufs werden dem zuständigen Republikfonds für Renten- und Behindertenversicherung der Beschäftigten bezahlt.
- 5% der Erlöse des Eigentumsverkaufs werden für die Auszahlung der Entschädigung der Personen genutzt, die enteignet wurden.
- 5% der Erlöse, die durch den Eigentumsverkauf gewonnen werden, werden zur Finanzierung der Entwicklung der Infrastruktur der Territorialautonomie entsprechend dem Sitz des Unternehmens genutzt.
- 5 % der Erlöse des Eigentumsverkaufs werden zur Finanzierung der Entwicklung der Infrastruktur der lokalen Selbstverwaltung entsprechend dem Sitz des Unternehmens genutzt.

³ Privredna komora Vojvodine (2007): <http://www.pkv.co.yu> 04.10.2007.

⁴ Die Privatisierungsagentur der Republik Serbien (2007): <http://www.priv.rs> 11.07.2011.

- Die Summe zur Finanzierung der Durchführung der Verkaufskosten wird in der Höhe ihres realen Betrags bestimmt.
- Die Regierung der Republik Serbien definiert die Höhe der Summe zur Finanzierung des Entwicklungsanstosses und Rückgabe der Schulden, deren Pflichtiger oder Garant die Republik Serbien ist, und sie bestimmt andere Zwecke aus dem Paragraph 60. Satz 7. dieses Gesetzes, sowie die Höhe der Summe zur Finanzierung dieser Zwecke.

Das Privatisierungsgesetz sieht weiter vor, dass die Investoren nur bis zu 70% des Unternehmenskapitals der zu privatisierenden Unternehmen erwerben können, im Minimum 30% gehen an die Belegschaft.⁵

Kreyenbühl (2003) schreibt in der Neuen Zürcher Zeitung, dass bei der Privatisierung der verschiedenen Objekte diese nicht selten, statt in die Hände der Meistbietenden, vielmehr in jene der Meistschmierenden gelenkt werden. Oder staatliches Eigentum würde von den sich an den Schnittstellen zwischen Staat und Wirtschaft befindenden Personen zu Schleuderpreisen selbst unter die Nägel gerissen. Dies trifft vor allem auf den industriellen und den Dienstleistungssektor zu (in letzterem vor allem auf grössere Unternehmen). Zwar erfolgte die Privatisierung seit 1990 auf dem Weg einer neuen Unternehmensgesetzgebung, welche die Gründung von neuen privaten Unternehmen und die Privatisierung bereits existierender Unternehmen in gesellschaftlichem Eigentum zuließ. Diese vorerst rasch einsetzende Expansion des privaten Sektors wurde allerdings durch Kriege und Wirtschaftssanktionen und in deren Gefolge die Hyperinflation beendet. Vielmehr fand darauf eine direkte Verstaatlichung und Zentralisierung statt, welche Unternehmen quasi in ‚Regierungseigentum‘ oder ‚institutionelles Eigentum‘ überführte (Lück-Jarczy 1997). Illés (2002) erklärt dieses Problem damit, dass im Falle eines Interesses der Regierung, mit der Privatisierung eines Unternehmens Einnahmen zu generieren oder Parteidreunden Vorzugspreise zu bieten, diese das Unternehmen „wieder verstaatlichen“ muss. Daher stieg in den ersten Jahren der ‚Privatisierung‘ in den Nachfolgestaaten das staatliche Eigentum um 40%. Die Möglichkeit der ‚Wieder-Verstaatlichung‘ bestätigt die beschränkte Autonomie der einst selbstverwalteten Betriebe.

Die Regierung von Slobodan Milošević konzentrierte sich auf die Kontrolle wichtiger Wirtschaftszweige, darunter den Finanzsektor und gewisse industrielle Branchen. Gesellschaftliches und staatliches Eigentum blieben unter Milošević vor allem grosse Betriebe mit meist vielen Beschäftigten. Privatisierungsschritte wurden zwar vollzogen, dabei wurde (wie oben erwähnt) allerdings darauf geachtet, dass die entsprechenden Unternehmen in regimetreue Hände übergingen.

⁵ Auswärtiges Amt Deutschland (2005) <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos> 21.09.2005.

gen. Daneben diente der Privatsektor auch als Umverteilungs- und Umwandlungsinstrument von öffentlichem/staatlichem in privates Kapital mittels so genannter Phantom- und Bereicherungsunternehmen. Ein relativ bedeutender privater Sektor konnte sich seit 1991 auf der Ebene von Kleinst- und Kleinunternehmen bilden, vor allem auch durch Neugründungen (Lück-Jarczy 1997).

Gemäss Takács und Ricz (2010) wurden in Serbien zwischen 2002 und 2006 insgesamt 1805 Unternehmen privatisiert, wobei nach Belgrad (424) die meisten Betriebe in den vojvodinischen Städten Novi Sad (113), Subotica (64) und Zrenjanin (48) in private Hand übergingen, in Zentralserbien sticht einzig die Stadt Niš (49) heraus. Zudem wurde nach Belgrad im vojvodinischen Bezirk Süd-Bačka, der in der Novi Sad liegt, die grösste Anzahl Unternehmen privatisiert (212). Im November 2006 verblieben in Serbien 2237 Betriebe in staatlichem respektive öffentlichem Eigentum. Die grösste Anzahl Unternehmen in der Vojvodina befand sich in den drei Bezirken Süd-Bačka (174 oder 7,8%), Süd-Banat (147 oder 6,6%) und Nord-Bačka (75 oder 3,4%), was ebenfalls unterstreicht, dass die Privatisierung in der Vojvodina in den ersten Jahren nach Milošević weiter fortgeschritten war als in anderen Teilen Serbiens.

Die grösseren, privatisierten Betriebe sind zumeist in Aktiengesellschaften übergegangen, so zum Beispiel der Dachziegelhersteller *Polet*⁶, ein Unternehmen mit rund 600 Angestellten und Sitz in Novi Bečeđ/Törökbecse, das allerdings seit 2003 im Besitz von *Našice cement Croatia* ist. Auch die Zuckerfabrik *Bačka A.D.*⁷ mit Sitz in Vrbas hat den Status einer AG. Die Aktien dieses privatrechtlichen Unternehmens gingen allerdings erst in den Besitz der Belegschaft über, bevor sie zu je 45% von der *MK Sugar d.o.o.* und *Alexus d.o.o. Novi Sad* gekauft wurden. Das international präsente Pharmazieunternehmen *Hemofarm*⁸ schliesslich, mit Hauptsitz in Vršac und Ablegern in den ehemaligen jugoslawischen Republiken sowie in China und Russland, hat den Übergang von gesellschaftlichem in privates Eigentum erst 2002 endgültig vollzogen. Noch 2001 war knapp die Hälfte des Kapitaleigentums in gesellschaftlicher Hand. 2006 wurde Hemofarm zu 97,9% von der deutschen *Stada Arzneimittel AG* übernommen. Die Vojvodina, nicht nur die ‚Kornkammer‘, sondern auch das ‚Ölfeld‘ Serbiens, beherbergt in Novi Sad unter anderem das staatliche Ölunternehmen *NIS Jugopetrol*, über dessen Privatisierung über Jahre hinweg verhandelt wurde bis schliesslich 2009 auf Basis eines internationalen Abkommens zwischen Russland und Serbien 51% des Aktienkapitals von der russischen *Gazprom Neft* gekauft wurden (Stand 2011: 56%). Auf Basis eines 2010 verabschiedeten Gesetzes über kosten-

6 Polet (2005/2011): <http://www.polet.co.yu> 16.09.2005, <http://www.nexe.hr> 13.07.2011.

7 Bačka A.D. (2005/2007): <http://www.backa.co.yu> 16.09.2005 / 05.10.2007.

8 Hemofarm (2005/2011): <http://www.hemofarm.rs> 16.09.2005 / 13.07.2011.

lose Aktien wurden 19,3% der Aktien an Staatsbürger, frühere und aktuelle Mitarbeiter der Firma verteilt, 29,7% blieben in staatlicher Hand⁹. In Montenegro war *Jugopetrol Kotor* bereits 2002 an *Hellenic Petroleum* (Griechenland) verkauft worden.

Zu den ‚teuersten‘ Privatisierungen (und ausländischen Direktinvestitionen) in Serbien gehörten zwischen 2000 und 2009 die Übernahme der Telekommunikationsfirma *Mobi 63* durch die norwegische *Telenor* (1,513 Mrd. Euro, siehe unten) sowie das Engagement der *Fiat Group* (2009: 940 Millionen Euro). In der Vojvodina stellten zusammen mit der *Gazprom*-Investition die Käufe von *Stada* (vgl. oben), welche *Hemofarm* im Jahr 2006 für 475 Millionen Euro erwarb, und der Griechischen Nationalbank, welche die damit privatisierte *Vojvodjanska Banka* für 360 Million Euro aquirierte, die grössten Investitionen dar¹⁰. Zudem erwarb das belgische Unternehmen *Interbrew* in Apatin Ende 2003 für 329 Millionen Euro 50,1% der Aktienanteile der serbischen Bierbrauerei *Apatin* und baute seine Anteile im Laufe der Jahre auf 99,3% aus¹¹. Schliesslich verkaufte *Interbrew* 2009 die *Apatin* an die tschechische *StarBev*. Der nächstgrössere Investor in der Vojvodina ist der dänische Bierbrauer *Carlsberg*. Dieser kaufte im September 2003 51% der *Pivara Celarevo A.D.* und erhöhte den Anteil 2004 auf 99,9%¹², die Investitionen beliefen sich auf 153 Millionen US-Dollar. Auf ganz Serbien gesehen ist ein wichtiger Investor die US-Firma *Philip Morris International (PMI)*, welche im August 2003 66,45% des serbischen Zigarettenherstellers und Marktführers in Serbien, *Duvanska Industrija Niš (DIN)*, mit einer Investition von 387 Millionen Euro erwarb. Im Dezember selben Jahres erwarb *Philip Morris Holland*, eine Tochtergesellschaft von *PMI*, weitere 7,7% des Aktienkapitals und erhöhte damit den Anteil von *PMI* auf 74,22%.¹³ Insgesamt haben sich die Investitionen von *PMI* laut der SIEPA (2007) auf 611 Millionen Euro belaufen.¹⁴ Letztlich gewann der russische Ölgigant *Lukoil* im September 2003 die Ausschreibung um die serbische *Beopetrol* und kaufte für 117 Millionen Euro 79,5% des Aktienkapitals. Ausserdem kündigte *Lukoil* an, in den folgenden fünf Jahren weitere 85 Millionen in die Entwicklung und 5 Millionen in Sozialprogramme zu investieren.¹⁵ *Lukoil* war auch unter den Interessenten für eine Privatisierung und Übernahme der *NIS Jugopetrol*.

9 NIS (2007/2011): <http://www.jugopetrol.co.yu> 17.10.2007 / <http://www.nis.rs> 13.07.2011.

10 SIEPA (2010): <http://www.siepa.gov.rs> (Report Doing Business in Serbia) 14.07.2011.

11 Interbrew (2003/2011): <http://www.ab-inbev.com> 14.07.2011.

12 Carlsberg (2004): <http://www.carlsberg.com> 24.10.2005.

13 Philip Morris International (2003): <http://www.philipmorrisinternational.com> 24.10.2005.

14 SIEPA (2007): <http://www.siepa.gov.yu>, 04.12.2007.

15 Lukoil Oil Company (2003): <http://www.lukoil.com> 24.10.2005.

Im Dienstleistungssektor ist der private Sektor besonders im Handel und im Bereich der ‚kleinen‘ Dienstleistungen stark vertreten. Bereits im ehemaligen Jugoslawien waren beispielsweise kleine Handwerksbetriebe nicht verstaatlicht. Neu gegründete Kleinunternehmen waren von allem Anfang an privat und ihre Zahl nahm nach dem Ende des Selbstverwaltungssystems rasch zu. Die Tourismusbranche (vor allem Reiseveranstalter) war gesellschaftlich organisiert. Mit *Srbija Turist* und *Putnik* gingen 2003 zwei grosse Reiseveranstalter in privates Eigentum über. Im Mai 2003 kaufte *Uniworld* für 5,2 Million US-Dollar 70% der Aktien von *Putnik*, das in der Vojvodina unter anderem in Novi Sad, Subotica/Szabadka, Kikinda und Vršac Filialen besitzt und eine eigene Hotelkette betreibt. Weiter waren 44 Millionen US-Dollar für Investitionen in den folgenden fünf Jahren festgelegt worden, für das Sozialprogramm waren 0,5 Millionen US-Dollar vorgesehen. *Srbija Turist* kostete *Uniworld* im September 2003 1,1 Millionen US-Dollar, der Investitionsbetrag beläuft sich auf 9 Millionen US-Dollar, für das Sozialprogramm waren 0,3 Millionen US-Dollar vorgesehen.¹⁶ Seit 2005 haben sich die Parteien allerdings in einen Rechtsstreit entwickelt, da die Privatisierungsagentur der Republik Serbien den Investor beschuldigte, den ursprünglichen Bedingungen nicht nachgekommen zu sein.¹⁷

Die serbische Post (*Telekom Srbija*) wurde 1997 zu 49% privatisiert, 29% des Aktienkapitals kaufte das italienische Unternehmen *STET*, 20% die griechische *OTE*, die restlichen 51% behielt der serbische Staat. Nachdem im Jahr 2003 die Anteile der *STET* zurückgekauft wurden, besitzt der Staat heute 80% der Aktien.¹⁸ Im Bereich der Telekommunikation erfolgte zudem die grösste Privatisierung in Serbien zwischen 2001 und 2009: Die norwegische *Telenor* kaufte im August 2006 die serbische *Mobi 63* für 1,513 Milliarden Euro und erzielte mit der in *Telenor Serbia* umbenannten Tochtergesellschaft Ende 2006 einen geschätzten Marktanteil von 41 Prozent.¹⁹

Im Bankensektor haben in Serbien ausländische Banken an Bedeutung gewonnen (z.B. Volksbank, Raiffeisenbank, Bank Austria, Erste Bank). Die ehemals staatliche *Jugobanka* wurde Anfang 2002 gemeinsam mit drei anderen Grossbanken (*Beogradska Banka*, *Investbanka* und *Beobanka*) unter staatliche Kuratel gestellt und in der Folge geschlossen²⁰. In der Vojvodina besitzt die *Vojvodjanska Banka*²¹ ein gut ausgebildetes Netzwerk von Filialen. Die *Vojvodjanska Banka* (VB) wurde 1868 in Sombor als Kreditkooperative gegründet, später

16 Die Privatisierungsagentur der Republik Serbien (2005): <http://www.priv.yu> 16.09.2005.

17 Ekapija (Serbisches Business-Portal) (2011): <http://www.ekapija.com> 14.07.2011.

18 Telekom Srbija (2005) <http://www.telekomserbia.com> 04.12.2007.

19 Telenor (2007): <http://www.telenor.com>, 04.12.2007.

20 Wirtschaftskammern Österreichs (2004): http://www.wko.at/aw/publikationen/YU/L17_02.pdf.

21 Vojvodjanska Banka (2005) <http://www.voban.co.yu> 04.12.2007.

(1962-69) lief sie unter dem Namen *Privredna Banka* und war eine der genossenschaftlichen Banken im sozialistischen Jugoslawien. 1993 wurde sie zu einer AG, allerdings mit dem Staat als Mehrheitsaktionär, der 2005 98,65% der Aktien besass. Die ‚Re-Privatisierung‘ der VB erfolgte im September 2006, als die Griechische Nationalbank für 385 Million Euro 99,44% des VB-Kapitals kaufte²². Die *Deltabanka* und die *Komercijalna Banka* (seit 1993 eine AG) sind die grössten Banken in der Vojvodina, wobei sich die Deltabanka in privatem Eigentum befindet; bei der Komercijalna Banka ist der Staat Mehrheitsaktionär.

Trotz der in diesem Unterkapitel erwähnten Privatisierungen werden die Fortschritte Serbiens in diesem Bereich von vielen Seiten als gering bezeichnet. Besonders die zur Umstrukturierung der staatlichen Betriebe nötigen Vorkehrungen sind nicht zufriedenstellend. Zwar haben die Behörden – im Versuch, den Umstrukturierungsprozess zu beschleunigen – ein Konzept der ‚an Bedingungen geknüpfte Ausschreibungen‘ entwickelt, wonach diese Unternehmen ohne Umstrukturierung der Schulden zum Verkauf angeboten und die Bieter ersucht würden, vorzuschlagen, in welcher Höhe sie bereit wären, Schulden zu übernehmen. Die Europäische Kommission (EK) schrieb aber 2004 in ihrem Stabilisierungs- und Assoziierungsbericht zu Serbien und Montenegro: „Ob diese neue Strategie erfolgreich ist, muss abgewartet werden. Bislang liegen noch keine Ergebnisse vor und der gesamte Prozess hinkt dem Zeitplan hinterher.“ In ihren *Progress Reports* von 2006 und 2010 bestätigt die EK ihre Vorbehalte. Im Report von 2010 wird zudem auf das Problem der annullierten Privatisierungen verwiesen: Aufgrund der Nichteinhaltung von vertraglich festgehaltenen Verpflichtungen seien bis zu einem Viertel der ursprünglich zur Privatisierung ausgeschriebenen Betriebe (noch) nicht privatisiert oder die Privatisierung rückgängig gemacht respektive annulliert worden (Europäische Kommission 2010).

4.2.2 Geld- und Steuerpolitik

Im Unterschied zu den anderen sozialistischen Staaten Mittelost- und Osteuropas kannte das sozialistische Jugoslawien die Steuer als finanzpolitisches Instrument. Daher war nach dem Zerfall des föderativen Jugoslawien keine Wiedereinführung eines Steuersystems nötig. Nach den Verfassungsänderungen von 1971 waren die jugoslawischen Republiken und autonomen Provinzen gar Hauptträger der Steuerpolitik. Neben der Umsatzsteuer und den speziellen Verbrauchssteuern waren auch für die Vojvodina die wichtigsten Einnahmequellen die Steuer auf das persönliche Einkommen der Beschäftigten (Lohnsteuer) und die 1973 eingeführte Steuer auf das Einkommen der Wirtschaftsorganisationen (Körperschaftssteuer). Bei der Gestaltung der Steuertarife und Steuerbemessung waren die

22 B92 (2006): <http://www.b92.net>, 04.12.2007.

Gebietskörperschaften frei. Der Föderation verblieben die Einnahmen aus den Zöllen, sowie einige Gebühren und sonstige Einnahmen der Staatsorgane.

„Zur Deckung der Differenz zwischen den geplanten Ausgaben des Bundeshaushalts und den eigenen Einnahmen der Föderation war diese (...) auf besondere „Beiträge der Republiken und autonomen Provinzen“ angewiesen, die mit knapp 50% an den Gesamteinnahmen des Bundes beteiligt waren.“ (Eger 1980:146/147)

Seit dem Verlust des Autonomiestatus 1989 sind der Provinz in Bezug auf Steuern die Hände gebunden. Die Steuern wurden unter Milošević auf Republikebene erhoben. Daher bestimmte Belgrad, wie viel von dem durch Steuern eingenommenen Kapital zurück in Provinz und Gemeinden floss. An der serbischen Steuerpolitik gegenüber der Vojvodina hat sich auch nach dem Sturz von Milošević wenig geändert. 2000 verblieben nur 5% des in der Vojvodina erwirtschafteten Steuereinkommens in der Provinz²³. Einen Eingriff in die Finanzautonomie der AP stellen auch die gesamtstaatlichen Budgetgesetze dar, welche vorgeben, wie die Vojvodina ihre Ausgaben verteilen respektive gestalten soll. Artikel 6 des Budgetgesetzes für das Jahr 2011²⁴ zum Beispiel, hält fest, dass Löhne in Bildungsinstitutionen in der Vojvodina den Löhnen auf gesamtstaatlicher Ebene entsprechen müssen; das Lohnniveau wird von der Regierung in Belgrad bestimmt. Das heisst, die Finanzierung in den unterschiedlichen Bereichen muss mit den Bestimmungen auf Republiksebene im Einklang sein. Das gilt zum Beispiel auch für Infrastrukturprojekte oder Entwicklungsprojekte für Gemeinden.

Die Steuersätze sind gesamtstaatlich festgelegt. 2003 schloss sich Serbien der in Estland (1994) begonnen Flat-Tax-, Bewegung an und führte einen einheitlichen Steuersatz von 14% ein. Für Privateinkommen wurde dieser Satz 2010 auf 12% gesenkt. Bereits im Herbst 2003 hatte die Regierung in Belgrad die Unternehmensgewinnsteuer auf 10% gesenkt: Dies ist der tiefste Steuersatz im europäischen Vergleich und hatte nicht zuletzt die Zunahme ausländischer Investitionen zum Ziel. „Doch die niedrige Besteuerung allein kann die Investoren nicht ins Land locken. Andere Standortfaktoren, wie Rechtssicherheit, Ausmaß der Bürokratie oder Verfügbarkeit von Personal spielen eine ebenso große Rolle“, schreibt Schragl (2005) von Ernst & Young in der Wiener Zeitung.

Zusätzlich sollten bei der Körperschaftssteuer „Gesellschaften, die in das eigene Gesellschaftsvermögen oder in andere juristische Personen mehr als 600 Millionen Dinar (ca. EUR 8,5 Millionen) investieren und die zusätzlich 100 Arbeiter beschäftigen“ für 10 Jahre proportional zu dieser Investition steuerbefreit sein.²⁵

23 EURAC (2000): http://www.eurac.edu/Press/Academia/24/Art_1.asp 27.10.2005.

24 Finanzministerium der Republik Serbien (2011): <http://www.mfin.gov.rs> 13.07.2011.

25 IB Grand Thornton (2004): www.ib-grantthornton.com/YU/library/IBService012004.pdf 24.10.2005.

Zumindest der Zeitpunkt der drei grössten ausländischen Direktinvestitionen zwischen 2000 und 2004, Interbrew, Philip Morris International und Lukoil, deutet darauf hin, dass diese Massnahmen ihre Wirkung erzielt haben. Trotz dieser Investitionen schrieb Rohan (2005) nach Interviews mit serbischen Wirtschaftsexperten der Universität Belgrad, dass die ausländischen Investitionen von diesen als viel zu niedrig erachtet würden. Verantwortlich seien dafür die politische Situation (insbesondere die Instabilität und die Probleme um Kosovo), sowie verschiedene versäumte Gesetze zur Sicherheit der Investitionen.

Als eines der letzten Länder Europas führte Serbien auf 1. Januar 2005 die Mehrwertsteuer ein, wobei der allgemeine Steuersatz auf 18 Prozent festgelegt wurde (der ermässigte Steuersatz beträgt 8%). Montenegro, das seit 2006 unabhängig ist, hatte diesen Schritt bereits 2003 als Teil der Union mit Serbien vollzogen.

4.2.3 Liberalisierung des Aussenhandels

Der Aussenhandel wird im planwirtschaftlichen System von der Zentrale kontrolliert und reguliert. In den RgW-Staaten wurden die Aussenhandelsströme zusätzlich von den Interessen Moskaus gesteuert. Die „Idee der sozialistischen Arbeitsteilung“ hatte in erster Linie die wirtschaftliche Abhängigkeit von den anderen Mitgliedern und vor allem von der Sowjetunion zum Ziel (BPB 1977).

Das ehemalige Jugoslawien war in diesem Sinne unabhängig und konnte seinen Aussenhandel eigenständig gestalten. Die selbstverwalteten Unternehmen waren indes in der Gestaltung ihrer Auslandgeschäfte nicht frei von Regulierungen der Zentrale in Belgrad, obwohl ihnen seit 1951 ein gewisses Mass an Mitbestimmung über den Aussenhandel gewährt wurde²⁶. Die Zentrale regulierte Export und Import im Sinne des Gesellschaftsplans, der jeweils für eine Periode von fünf Jahren erstellt wurde. Dabei nahm sie Rücksicht auf das regionale Entwicklungsgefälle:

„Bei der Zuteilung der durch den Export von Gütern und Dienstleistungen und den Import von Kapital erworbenen Devisen, die mangels freier Konvertibilität des Dinars bis Anfang der siebziger Jahre grösstenteils zentral durch die Föderation erfolgte, werden Unternehmen aus unterentwickelten Gebieten besonders berücksichtigt, um ihnen den Import fortgeschrittenner Technologie aus den entwickelten Industrienationen zu ermöglichen.“ (Eger 1980:156/157)

In derselben Zeit hatte sich durch eine zunehmende und schliesslich weitgehende Aufhebung des staatlichen Aussenhandelsmonopols der Einfluss des Staates diesbezüglich stark reduziert. Die selbstverwalteten Unternehmen konnten weitestgehend frei über ihre Export- und Importbeziehungen mit dem Ausland entscheiden.²⁷

26 Blackie, Duncan (1991): <http://www.marxists.de/war/jugoslaw/teil1.htm> 4.12.2007.

27 ATTAC Bremen (2002): <http://www.global-fatal.de/Reader/07-jugoSonderweg.htm> 4.12.2007.

Damit erfolgte die Liberalisierung des Außenhandels in Jugoslawien lange vor den anderen sozialistischen Staaten. Die von der internationalen Gemeinschaft verhängten Wirtschaftssanktionen von 1992 und 1999 stellten die Unternehmen vor neue Probleme. Zwar wurden trotz der Sanktionen weiterhin „schwarz“ Geschäfte mit dem Ausland gemacht, diese waren allerdings vorrangig staatlichen oder regimetreuen privaten Betrieben vorenthalten. Seit dem Sturz von Milošević und der Aufhebung der Sanktionen können die nichtstaatlichen Unternehmen ihren Export- und Importgeschäften wieder frei nachgehen.

4.2.4 Freie Preisbildung (Aufhebung der amtlichen Preiskontrolle)

Freie Preisbildung heißt, dass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Sie ist ein Grundpfeiler der Marktwirtschaft, während die Preise in einer Planwirtschaft – wie im ehemaligen Jugoslawien und auch in den anderen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas – durch die Zentrale reguliert werden.

Im Gegensatz zu den anderen sozialistischen Staaten, in denen die Preise vollumfänglich kontrolliert wurden, war die Preiskontrolle in Jugoslawien je nach Branche unterschiedlich stark. Eger (1980) zeigt, dass in der Industriebranche bereits 1968 durchschnittlich nur 44% der Preise kontrolliert wurden. Einzig Elektroenergie, Schwarzmetallurgie und Buntmetallurgie waren einer hundertprozentigen Preiskontrolle unterworfen. Ebenfalls stark reguliert waren die Preise in der Tabakindustrie (94%), beim Erdöl (90%) und in der chemischen Industrie (74%). Die für die Vojvodina ebenfalls wichtige Nahrungsmittelindustrie (35%) war vergleichsweise schwach reguliert, die Textilindustrie konnte ihre Preise gar völlig frei bilden.

Endgültig abgeschafft wurde die amtliche Preiskontrolle erst 1984. Dies geschah auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF), der ein neues Schuldendekommen nur unter der Erfüllung unter anderem dieser Bedingung in Aussicht stellte (Meier 1995).

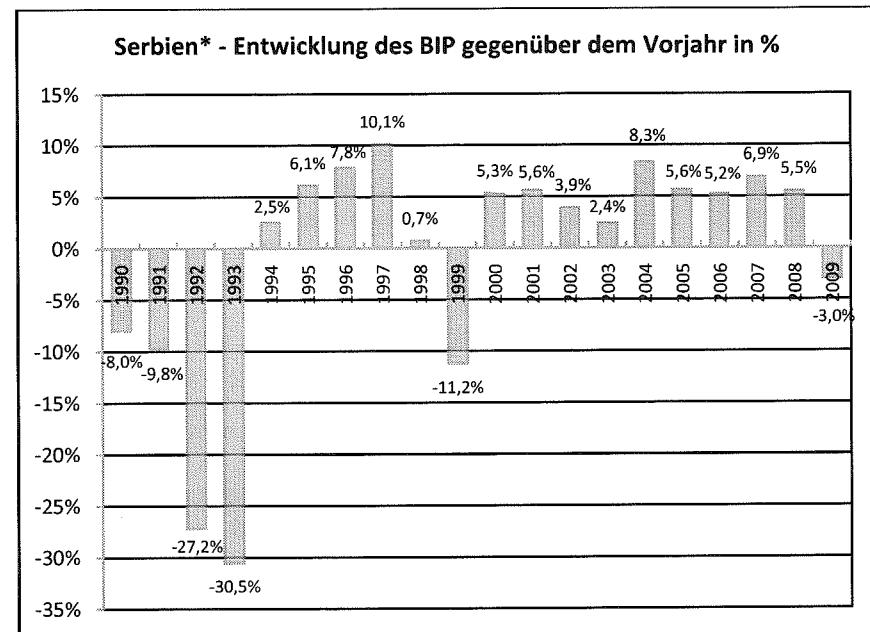
4.3 Transformationsphänomene

4.3.1 Überblick

Wie aus den Erläuterungen zu den Transformationsmassnahmen herausgeht, kann das Beispiel Jugoslawien im zeitlichen Kontext nicht mit den meisten anderen Transformationsstaaten verglichen werden. Insbesondere Serbien hat durch die Herrschaft Miloševićs und die Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo eine eigene Entwicklung erfahren. Der Systemumbruch ist demnach nicht alleine der Grund für typische Phänomene, wie sie bei Transformations-

staaten auftraten. Vielmehr sind nebst der wirtschaftspolitischen Entwicklung des Staates das politische Umfeld und die eigentliche wirtschaftliche Entwicklung Serbiens von grosser Bedeutung. Die Vojvodina kann hier nur zum Teil gesondert betrachtet werden.

So kann auch anhand der BIP-Entwicklung nicht einzig auf typische Transformationsphänomene verwiesen werden. Für den Einbruch des BIP in Serbien nach dem Zerfall Jugoslawiens 1991 sind auch die Kriegswirren und Wirtschaftssanktionen verantwortlich. Letztere wurden erst 1995 aufgehoben und beeinflussten die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls negativ, wie aus der Darstellung (unten) ersichtlich ist. Einen weiteren Einschnitt stellte der Kosovo-Krieg (1999) dar. Das BIP sank in diesem Jahr um 11,2%.



* Die Daten beziehen sich auf die BR Jugoslawien, Serbien-Montenegro, Serbien.

Quelle: Weltbank (2011)²⁸

Negativ ausgewirkt hat sich die Zeit unter dem Regime Miloševićs vor allem auch auf das Sozialprodukt der Vojvodina. Das „reale Gesellschaftsprodukt pro Kopf“ der Vojvodina lag im Jugoslawien vor 1978 durchgehend knapp 20% über jenem

28 <http://data.worldbank.org>, 12.07.2011.

Zentralserbiens²⁹ (Eger 1980). 1988 erwirtschaftete die Vojvodina, welche 8,2% der Bevölkerung stellte, 10,4% des Sozialprodukts Jugoslawiens, Serbien mit 42% der Bevölkerung 38% des Sozialprodukts (Annear 1991). Noch 1989 erwirtschaftete die Vojvodina ein Sozialprodukt von 6 Milliarden Dollar, Zentralserbien 12 Milliarden. Dies entspricht einem Pro-Kopf-Einkommen von 3.000, respektive 2.000 Dollar. In der Periode 1989-2000 verzeichnete die nicht mehr autonome Provinz Vojvodina hingegen einen Verlust des Sozialprodukts von 28 Milliarden Dollar, Serbien indes „nur“ 55 Milliarden (Boarov 2003). Zwar hat sich laut der Wirtschaftskammer der Vojvodina (2004) zwischen 1990 und 1999 der Anteil der Vojvodina am Sozialprodukt Serbien-(Montenegros) nicht gross verändert (1990: 29,2%, 1999: 30,7%). Zieht man allerdings in Betracht, dass im serbischen Sozialprodukt von 1999 die Provinz Kosovo nicht mit einbezogen ist, kann von einem realen Rückgang des vojvodinischen Anteils ausgängen werden.³⁰ Während die Vojvodina vor 1989 als autonome Provinz ihre öffentlichen Finanzen zu einem grossen Teil selbst verwaltete, dürfte sich nach 1989 der Umstand der Umleitung der Steuern nach Belgrad als besonders nachteilig erwiesen haben.

Seit dem Abgang Miloševićs im Oktober 2000 hat Serbien – mit Ausnahme von 2009 (-3%) – keine negativen Wachstumsraten mehr verzeichnet. Das reale BIP verzeichnete in Serbien laut der Weltbank sowohl 2001 (5,6%), 2002 (3,9%), 2003 (2,4%), 2004 (8,3%), 2005 (5,6%) als auch 2006 (5,2%), 2007 (6,9%) und 2008 (5,5%) jeweils einen Anstieg zum Vorjahr.

4.3.2 Inflation

In den ersten Jahren nach der Wende ist in den ehemaligen planwirtschaftlichen Staaten aufgrund der Liberalisierung der Preise typischerweise eine hohe Inflationsrate verzeichnet worden. Je nach Entwicklung der Preisniveaustabilität in den betreffenden Staaten sank die Inflationsrate in der Folge merklich.

In Jugoslawien war die Inflation bereits in den achtziger Jahren ein Problem. Nach Meier (1995) wurde beispielsweise 1981 und 1982 versucht, durch einen so genannten Preisstopp die anwachsende Inflation zu bremsen. Durch den schrittweisen Abbau der amtlichen Preiskontrolle und deren Aufhebung 1984 waren die hohen Inflationsraten zu Beginn der Neunzigerjahre denn auch nicht auf die plötzliche freie Preisbildung, sondern vielmehr auf die wirtschaftliche Schwäche Jugoslawiens zurückzuführen.

29 Als Zentralserbien (auch Engeres oder Inneres Serbien) wird jener Teil Serbiens bezeichnet, zu dem weder die Provinz Vojvodina noch der Kosovo gehört.

30 Privredna komora Vojvodine (2005): <http://www.pkv.co.yu/pages/english/review.htm> 07.01.2005.

Da Jugoslawien bereits zu Titos Zeiten berechtigt war, Kredite von der Weltbank aufzunehmen, stiegen die Auslandschulden der Föderation ab Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich an und erreichten 1987 eine Höhe von 22 Milliarden Dollar (BPB 1991). Nach dem Zerfall Jugoslawiens wurden diese Auslandschulden auf die Nachfolgestaaten aufgeteilt, 2001 betrugen jene der damaligen BR Jugoslawien 11,3 Mrd. Dollar (Munzinger 2003) oder 13,3 Milliarden Euro³¹. Bis heute hat Serbien seine Bruttoauslandschulden nicht wesentlich senken können: 2006 waren es 10,8 Milliarden Euro³²; nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise sind die Auslandschulden Serbiens wieder gestiegen, 2010 betrugen diese 23,7 Milliarden Euro, wobei die Werte von 2006 und 2010 nicht eins zu eins verglichen werden können³³.

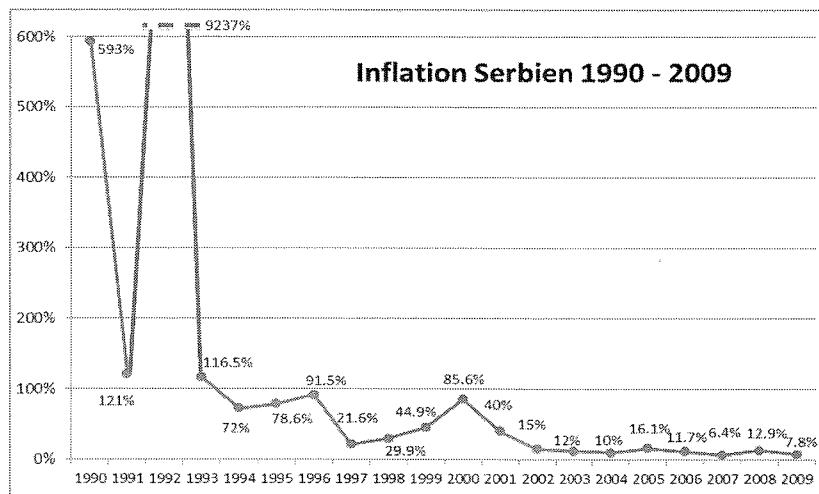
Wie dem untenstehenden Diagramm zu entnehmen ist, konnte die Ende der achtziger Jahre stark gestiegene Inflation durch die 1990 erfolgten Wirtschaftsreformen bis 1991 gebremst werden. Durch den endgültigen Zerfall Jugoslawiens im selben Jahr und der dadurch neu gegebenen wirtschaftlichen Organisation stieg die Inflation indes drastisch (1992: 9237%). Dies nicht zuletzt weil Serbien am „alten“ Dinar festhielt. Der „alte“ Dinar verlor indes seine Konvertibilität und wurde massiv abgewertet. Hinzu kamen die Wirtschaftssanktionen, welche die internationale Gemeinschaft am 30. Mai 1992 gegen die BR Jugoslawien (Serbien und Montenegro) aussprach. Erst Anfang 1994 (24. Januar) wurde der an die Deutsche Mark gebundene „Neue Dinar“ eingeführt. Starke Hyperinflation war 1992 auch in den anderen Teilrepubliken zu beobachten, allerdings erreichten sie lange nicht den Wert Serbiens.

Seit 2002 lässt die Inflationsrate stabilere Tendenzen erkennen; die Rate hat sich um 10 Prozent herum eingependelt. Dies ist gegenüber den 90er-Jahren ein grosser Fortschritt, im europäischen und selbst im regionalen Vergleich allerdings weiterhin ein hoher Wert und langfristig nicht zufriedenstellend. Deshalb müssen in diesem Zusammenhang in Serbien weitere Schritte zur makroökonomischen Stabilisierung vorgenommen werden.

31 Bank Austria Creditanstalt (2005): <http://www.ba-ca.com> 25.10.2005

32 Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland (2007): <http://www.auswaertiges-amt.de>, 4.12.2007

33 <http://www.belgrad.diplo.de> 13.07.2011



Datenquellen: Turnock (1997), BMWA (2003)³⁴, Vojvodina CESS (2011)³⁵

4.3.3 Arbeitslosigkeit

Im planwirtschaftlichen System existierte Arbeitslosigkeit offiziell nicht, da jede Person „Anrecht auf Arbeit“ hatte. Die verdeckte Arbeitslosenrate war indes hoch und weit verbreitet. Vor allem die grossen – oft unrentablen – staatlichen Betriebe beschäftigten eine grosse Zahl von Personen.

Zwar wurde die Beschäftigungspolitik auch in Jugoslawien reguliert, Arbeitslosigkeit gab es aber trotzdem, wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt. Nach Slowenien und Kroatien hatte die Vojvodina meist die geringste Arbeitslosenquote. Dabei fällt allerdings auf, dass sich die Quote in der Vojvodina zwischen 1965 und 1980 im Vergleich zu den anderen entwickelten Regionen der Föderation relativ stark erhöhte. Die Differenz zu Slowenien wuchs bis 1989 von 2,8 auf 10,4%, zu Kroatien von -1,1 auf 5,6% und zu Zentralserbien von -2,9 auf -2%.

Das Problem der Arbeitslosigkeit im ehemaligen Jugoslawien verschärfte sich zusätzlich, als die Regierung Marković ab 1989 das so genannte Bankrott-Programm durchführte. Dabei gingen 1989 248 für zahlungsunfähig befundene

34 BM für Wirtschaft und Arbeit Österreich (2005): <http://www.dnet.at/euost/pdf/tab5a.pdf>
25.10.2005

35 Vojvodina Centre for Strategic Economic Studies (2011): <http://www.vojvodina-cess.org>
18.07.2011

selbstverwaltete Betriebe in Konkurs und 89.400 Beschäftigte wurden entlassen. 1990 wurden weitere 889 Unternehmen mit einer Gesamtbeschäftigung von 525.000 Personen diesem Konkurs-Programm unterworfen. Die grösste Konzentration von Firmenkonkursen gab es in Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und im Kosovo (Chossudovsky 1999).

Arbeitslosenquoten im ehemaligen Jugoslawien

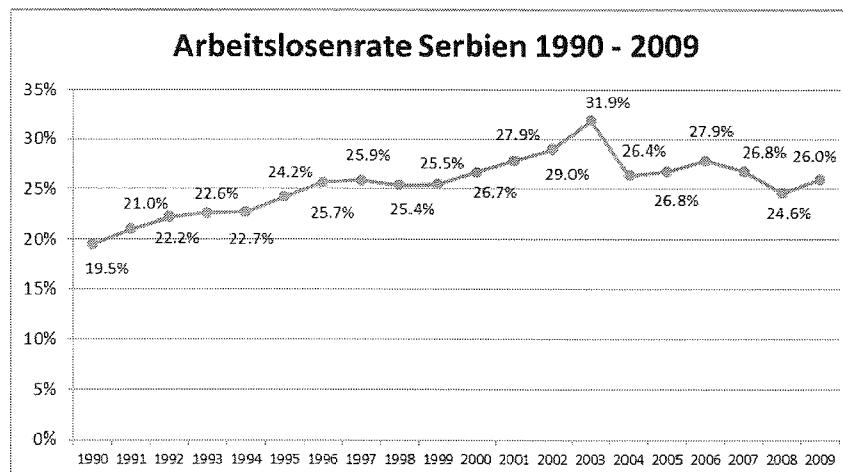
Republik / Provinz	1952	1965	1974	1980	1989
Slowenien	1.8	1.7	1.4	1.4	3.2
Kroatien	2.9	5.6	4.8	5.2	8
Vojvodina	2.9	4.5	8.9	12.4	13.6
Zentralserbien	2.5	7.4	11.3	15.8	15.6
Kosovo	2.6	15.2	21	27.6	36.4
Montenegro	3.2	5.1	12.7	14.7	21.5
Mazedonien	6.3	13.5	19.7	21.5	21.9
Bosnien-Herzegowina	1.5	4.8	9.7	14.1	20.3

Datenquelle: Gligorov (2003)

Zwar pendelte sich die Arbeitslosenrate seit dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien in den neunziger Jahren bei 25% ein, stieg zu Beginn des neuen Jahrtausends aber wieder an und erreicht 2003 (31,9%) ein zwischenzeitliches Maximum. Seither ist die Rate wieder unter 30% gefallen und selbst durch die Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosenrate nicht massiv gestiegen. Im europäischen Vergleich sind 26% (2009) allerdings immer noch ein hoher Wert. Zudem kann die Zahl der verdeckten Arbeitslosen nur geschätzt werden. In Serbien sind weiterhin viele Personen im informellen Sektor tätig. Marjanović schätzte 2002 mit Einbezug der verdeckten Arbeitslosigkeit eine Rate von 40%, Gruber (2002) bei Entlassung aller „unproduktiven Arbeitskräfte“ gar eine Arbeitslosenrate von bis zu 70%.

Der Privatisierung wurde nach dem Sturz Miloševićs Schubkraft verliehen und durch die Schaffung neuer Betriebe konnten Arbeitskräfte absorbiert werden, die Zahl der Beschäftigten in staatlichen Unternehmen ist allerdings weiterhin gross. Das heutige Serbien (inklusive Montenegro) hatte im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten bereits 1991 den tiefsten Anteil an Beschäftigten im Privatsektor (7,1%) und konnte diesen Anteil bis 2000 nur auf 14,4% steigern. Immerhin erwirtschafteten aber diese 14,4% im Jahr 2000 47,8% des BIP. In derselben Zeitspanne steigerte jedoch zum Beispiel Kroatien den Anteil Beschäftigter im Privatsektor von 21,8 auf 56,0%, Bulgarien bis 1999 gar von 10,1 auf 65% (Clement et al. 2002). Zwischen 2004 und 2007 ist die Zahl der Beschäftigten in

privaten Firmen kontinuierlich gestiegen, dies bei gleichzeitig sinkenden Beschäftigtenzahlen in Betrieben in gesellschaftlichem Eigentum. In staatlichen Firmen haben sich die Zahlen allerdings kaum verändert (Takács 2010). Es ist allerdings zu erwarten, dass bei der zukünftigen Privatisierung oder Restrukturierung von staatlichen Betrieben auch zahlreiche Stellen abgebaut werden müssen. Die Europäische Kommission kritisierte 2006 die nur langsam vonstatten gehende Restrukturierung der staatlichen Unternehmen und forderte in diesem Zusammenhang eine kontinuierliche Stärkung der KMU, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Takács (2010) verweist ebenfalls darauf, dass die Privatwirtschaft aus strukturellen Gründen (zu wenig Betriebe mittlerer Größe) nicht über die nötigen Kapazitäten verfüge, um Beschäftigte aus dem Staatssektor zu absorbieren.



Datenquellen: IME (1999)³⁶, Mitrovic (1999), BMWA (2003/2007)³⁷, Vojvodina CESS (2011)³⁸

4.3.4 Umstrukturierung des Aussenhandels

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hatte in den Satellitenstaaten eine radikale Umstrukturierung des Aussenhandels zur Folge. Die Unternehmen verfügten zum Teil bereits zu sozialistischen Zeiten, als ihre Hauptpartner die RgW-Staaten waren, über Handelsbeziehungen zum Westen, der Schwerpunkt verlagerte sich

36 Institute for Market Economics (IME) (1999): http://www.ime-bg.org/pdf_docs/papers/serb_mon.pdf 25.10.2005.

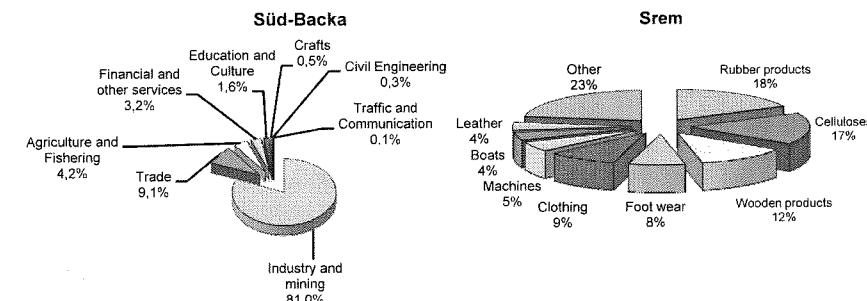
37 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Österreich (2005): <http://www.dnet.at/euost/pdf/tabc8a.pdf> 25.10.2005/4.12.2007.

38 Vojvodina Centre for Strategic Economic Studies (2011): <http://www.vojvodina-cess.org> 18.07.2011.

allerdings erst nach der Wende dorthin. Intensiver als die anderen Transformationsstaaten baute das sozialistische Jugoslawien vor der Wende seine Außenhandelsbeziehungen zum Westen auf, Hauptpartner blieben allerdings die RgW-Staaten sowie die Schwesterrepubliken und -provinzen innerhalb der Föderation.

Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawien und die darauf folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen hatten vorerst den Zusammenbruch wichtiger Handelsströme zwischen den Republiken zur Folge. Anders als der schon seit geraumer Zeit relativ intensiv nach Westen orientierte Handel der Republiken Slowenien und Kroatien war der vojvodinische Handel stärker von den Beziehungen zu den Schwesterrepubliken und -provinzen abhängig. Die 1992 verhängten Wirtschaftssanktionen verschlechterten die Aussichten auf einen raschen Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen und unterbrachen bereits bestehende. Erst der Sturz Miloševićs hat auch in der Vojvodina die Türen für die kontinuierliche Entwicklung des Außenhandels wieder geöffnet. Exportiert werden vorwiegend Industrieprodukte (Chemie, Nahrungsmittel, Textilien), importiert werden nebst Konsumgütern vor allem auch Rohstoffe.

Exportstruktur ausgewählter Regionen innerhalb der Vojvodina



Quelle: SIEPA (2005)³⁹

Trotz intensivierter Exportwirtschaft weisen die Vojvodina – und auch Serbien als Ganzes – kontinuierlich negative Handelsbilanzen auf. Im Jahr 2000 wurden im Außenhandel der Vojvodina 1.378 Millionen US-Dollar umgesetzt, davon 430 Millionen durch Exporte und 948 Millionen durch Importe (Handelsbilanz: -518 Millionen US-Dollar). Die Vojvodina tätigte 2000 damit 25% der Exporte Serbien-(Montenegros) (1.723 Millionen US-Dollar) und 25,5% der Importe (3.711 Millionen US-Dollar).⁴⁰

39 Serbian Investment and Export Promotion Agency (SIEPA) (2005): <http://www.siepa.sr.gov.yu> 07.01.2005.

40 Privredna komora Vojvodine (2005): <http://www.pkv.co.yu/pages/english/trade.htm> 07.01.2005.

Dass der Außenhandel in der Vojvodina intensiviert wurde, beweisen die Zahlen der ersten acht Monate des Jahres 2003: Die Unternehmer aus der Vojvodina haben mit dem Ausland einen Warenaustausch in der Höhe von 1.885 Millionen US-Dollar erzielt, was 23,7% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs ist. Ausgeführt wurden Waren im Wert von 553 Millionen US-Dollar, während sich der Gesamtwert des Imports auf insgesamt 1,3 Milliarden US-Dollar belief. Das Außenhandelsdefizit betrug dabei 778 Millionen US-Dollar, wobei der Import zu 41,6% durch den Export gedeckt war. Auf den erwähnten Zeitraum bezogen, machte der Export 34,7% des Gesamtexports Serbiens aus, während beim Import dieser Prozentsatz bei etwas weniger als 30% lag (Kostic 2003). Im Jahr 2010 lag der Anteil der Vojvodina an den Exporten Serbiens durchschnittlich bei 35,2%, während der Wert für die Importe 28,5% betrug⁴¹.

Wichtigste Handelspartner der vojvodinischen Unternehmen waren im Jahr 2000 Bosnien-Herzegowina (Exporte (E): 16,8%, Importe (I): 4%), Italien (E: 15,1%, I: 8,4%), Deutschland (E: 10,1%, I: 13,1%), Ungarn (E: 8,7%, I: 5,1%) und Russland (E: 8,3%, I: 22,1%). Weiter gingen 10,1% der Exporte nach Mazedonien; 9,2% der Importe stammten aus Bulgarien, 5,1% aus Rumänien und 2,7% aus Österreich.⁴⁰ Mit der Ausnahme Ungarns nehmen die anderen Handelspartner auf ganz Serbien und prozentual gesehen ähnliche Rollen ein. Auch in den letzten Jahren waren Deutschland, Russland, Italien und Bosnien-Herzegowina wichtige Handelspartner Serbiens, wobei Serbien nur im Falle von Bosnien-Herzegowina eine positive Handelsbilanz aufweist⁴².

Serbiens Handelsbilanz hat sich in den letzten Jahren gar noch verschlechtert. 2001 betrug das Handelsdefizit -2.934 Millionen US-Dollar, 2002: -4.045 Millionen. Dabei konnte der Anteil der privaten Handelspartner gesteigert werden. 2001 kamen 27,3% der Exporte aus privater Hand, 2002 waren es 35%. 2001 gingen 46,6% der Importe an Private, 2002 waren es 53,1% (Nedeljkovic 2003). 2003 wies die Handelsbilanz Serbiens gar ein Minus von 4.847 Millionen US-Dollar auf⁴³, 2006 ein Minus von 6,7 Milliarden US-Dollar⁴⁴, 2010 ein Minus von 5,23 Milliarden Euro⁴⁵, was zum Jahresende in etwa 7 Milliarden US-Dollar entsprach.

41 Vojvodina Centre for Strategic Economic Studies (2011): <http://www.vojvodina-cess.org> 18.07.2011.

42 Statistical Office of the Republic of Serbia (2007): <http://webrzs.statserb.sr.gov.yu/axd/en, 8.12.2007>.

43 East West Information Service (2004): <http://www.ewis.de/yuwimpex.html> 26.10.2005.

44 Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland (2007): <http://www.auswaertiges-amt.de, 4.12.2007>.

45 Vojvodina Centre for Strategic Economic Studies (2011): <http://www.vojvodina-cess.org> 18.07.2011

5. Zusammenfassung

Serbien und auch die Vojvodina sind in ihrer Entwicklung von den ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten, welche 2004 respektive 2007 der EU beigetreten sind, überholt worden und liegen in der intermediären Phase der Transformation hinter den genannten Staaten – obwohl im ehemaligen Jugoslawien der Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen zur Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des eigenen Zerfalls im Vergleich zu den meisten sozialistischen Staaten weiter fortgeschritten war.

Hauptgrund ist dafür das Regime Miloševićs, aber auch der beschränkte Reformwille der nachfolgenden Regierungen hat eine Rolle gespielt. In diesen Jahren hat Serbien – und auch die Vojvodina – an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verloren, einerseits durch die geführten Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, anderseits durch die kriminellen Machenschaften in der Wirtschaft, aber auch durch die Wirtschaftssanktionen der internationalen Gemeinschaft und durch die NATO-Bombardierungen.

Inflation und Arbeitslosigkeit sind auch elf Jahre nach dem Sturz von Milošević ein Problem. Die Privatisierung von gesellschaftlichem und staatlichem Eigentum hat sich in vielen Fällen als schwierig erwiesen, so ist der Staat noch immer ein wichtiger Arbeitgeber. Dafür gibt es einige Gründe: Erstens haben sich in Serbien weit weniger ausländische Investoren engagiert als erhofft. Selbst wenn andere ehemals sozialistischen Staaten mit ausländischen Investoren auch schlechte Erfahrungen gemacht haben, so wäre das unternehmerische Engagement aus dem Ausland doch sehr nötig, da sich die serbische Wirtschaft nicht allein sanieren kann. Das Investitionsklima hat sich aber in den Jahren nach Milošević als nicht stabil erwiesen, nicht zuletzt wegen des unklaren Status des Kosovo – und auch 2011 ist hier die Lage noch nicht geklärt. Zweitens wurden viele der neuen Eigentümer dazu verpflichtet, in Sozialprogramme zu investieren, was bei Nichteinhaltung zu rechtlichen Konflikten führte oder gar die Privatisierung rückgangig machte. Drittens verhindert Korruption einen effizienteren Prozess. All dies soll aber die erfolgreichen Beispiele der Privatisierung in der Vojvodina und ganz Serbien nicht in den Schatten stellen.

Die Vojvodina ist stark abhängig von den Entscheidungen in Belgrad, sowohl aussenpolitisch als auch aussenwirtschaftlich hat sie nur beschränkte Handlungsfreiheiten. Innenpolitisch ist für die autonome Provinz besonders die Steuerpolitik nicht zufriedenstellend, würde sie hier doch weit mehr Kompetenzen wünschen. Daher sind die Bestrebungen für eine weiter reichende Autonomie nach dem Sturz von Milošević wieder stärker geworden. Obwohl der Zentralstaat die Kompetenzen auf 2010 hin ausgeweitet hat, verfügt die AP nicht über einen Status, welcher die wirtschaftliche Entwicklung der Region beschleunigen würde.

Indes: Obwohl die Region auch aufgrund der benachteiligten Positionierung unter Milošević an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verloren hat, liegt sie weiterhin über jener von Zentralserbien.

Aus transformatorischer Sicht ist die Vojvodina nur schwer von Serbien zu trennen, bei der Privatisierung lassen sich indes durchaus Unterschiede feststellen. Diese ist – auch aufgrund der Sektor- und Unternehmensstruktur – im Vergleich zu Zentralserbien weiter fortgeschritten. An der sektorbezogenen Stellung der Vojvodina innerhalb Serbiens hat sich indes nichts geändert: Landwirtschaft, Nahrungsmittel- und Maschinenindustrie bilden weiterhin die Produktionsschwerpunkte.

6. Bibliographie

6.1 Bücher

- Blanchard, Olivier (1997): The Economics of Post-Communist Transition. Clarendon Press, Oxford.
- Brunner, Georg (2000): Politische und ökonomische Transformation in Osteuropa. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB) (1977): Informationen zur politischen Bildung. COMECON, Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RgW). Nr. 170. Universum Verlagsanstalt GmbH, Wiesbaden.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB) (1991): Informationen zur politischen Bildung. Das Ende Jugoslawiens. Beigefügt in: Nr. 233. Universum Verlagsanstalt GmbH, Wiesbaden.
- Clement, Hermann et al. (2002): Wachstum in schwierigem Umfeld – Wirtschaftslage und Reformprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine 2001/2002. Veröffentlichungsreihe des Osteuropa-Instituts München, Nr. 242. Osteuropa-Institut München, München.
- Eger, Thomas (1980): Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien. Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Europäische Kommission (2010): Serbia 2010 Progress Report. Brüssel, 9. November 2010.
- (2006): Serbia 2006 Progress Report. Brüssel, 8. November 2006.
 - (2004): Stabilisierungs- und Assoziierungsbericht 2004 Serbien und Montenegro. Arbeitspapier der Dienststellen der Kommission. Brüssel.
- Fassmann, Heinz (Hrsg.) (1997): Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien. S. 31-42.
- Gabrisch, Hubert; Hölscher, Jens (2006): The Successes and Failures of Economic Transition. Palgrave Macmillan, Hundsmill/Basingstoke/New York.

Gligorov Vladimir (2003): Southeast Europe: History of Divergence. The Vienna Institute for International Economic Studies, Vienna.

Gros, Daniel und Alfred Steinherr (2004): Economic Transition in Central and Eastern Europe. Planting the Seeds. Cambridge University Press, Cambridge.

Gruber, Walter (2002): BR Jugoslawien. In: Clement, Hermann et al. (2002). Wachstum in schwierigem Umfeld – Wirtschaftslage und Reformprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine 2001/2002. Veröffentlichungsreihe des Osteuropa-Instituts München, Nr. 242. Osteuropa-Institut München, München.

Illés, Iván (2002): Közép- és Délkelet-Európa az ezredfordulón. Átalakulás, integráció, régiók. (Mittel- und Südosteuropa an der Jahrtausendwende. Wandel, Integration, Regionen). Dialóg Campus Kiadó, Budapest-Pécs.

Kreyenbühl, Thomas (2003): Verlorene Jahre seit dem Abgang Milosevićs. In: Neue Zürcher Zeitung, 224. Jahrgang / Nr. 177, S. 14.

Meier, Viktor (1995): Wie Jugoslawien verspielt wurde. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck), München.

Marjanović, Gordana (2002): Nezaposlenost i tržište rada u privredi SR Jugoslavije. In: *Ekonomski teme* 40 (4), S. 149-156.

Nedeljković, Ranko (2003): Statistical Pocketbook. Serbia and Montenegro Federal Statistical Office, Belgrade.

Rohan, Albert (2005): Vertrauen in Institutionen – ein massgebender Faktor für wirtschaftliche Entwicklung. Endbericht. Arbeitsgemeinschaft für Sozialforschung und Bildstatistik, Wien.

Schrabl, Markus (2005): Gerangel im Wettbewerb um niedrige Unternehmenssteuern. In: Wiener Zeitung vom 13.07.2005.

Takács, Zoltán (2010): A munkanélküliség nemzet- és regionális-gazdasági sajátosságai Szerbiában. In: The Central European Journal of regional development and tourism 2 (2), S. 128-163.

Takács, Zoltán und András Ricz (Hrsg.) (2010): Lendületben a regionális tudományig. Tiszteletkötet Dr. Somogyi Sándor részére. RTT, Subotica.

Tomić, Pavle; Romelić Jovan; Kicošev, Saša und Lazar Lazić (2002): Vojvodina. Naučno-popularna monografija. Departman za geografiju, turizam I hotelijerstvo, Novi Sad.

Turnock, David (1997): The East European Economy in Context. Communism and Transition. Routledge, London.

6.2 Internet

- Annear, Peter (1991): Serbia's Economic Aims Fuel War. In: Green Left Weekly Online Edition. <http://www.greenleft.org.au/back/1991/33/33p14.htm> 24.10.2005.

- Boarov, Dimitrije (2003): Fate of the Third Yugoslavia: Reinstated Prerogatives are of Minor Relevance. Helsinki Committee for Human Rights in Serbia http://www.helsinki.org.yu/charter_text.php?lang=en&idteksta=215 25.10.2005.
- Chossudovsky, Michel (1999): Wie Jugoslawien zerstört wurde. In: Trend Online Zeitung. Nr.3/99. <http://www.trend.partisan.net/trd0399/t400399.html> 7.1.2005.
- Kostic, Milena (2003): Vojvodina – Aktuelle wirtschaftliche Entwicklungstendenzen. Wirtschaftskammer der Vojvodina, Novi Sad. <http://www.interconberlin.de/forum/messages/34.html> 26.10.2005.
- Lück-Jarczyk, Cornelia (1997): Die Innenseite des Regimes Milošević: Überleben ohne Reformen. Digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Industrieländer, Bonn. <http://www.fes.de/fulltext/id/00111.html> 4.10.2007.
- Mitrovic, Ljubisa (1999): Contradictions of the Post-Socialist Society. Unemployment in the Federal Republic of Yugoslavia. Digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://www.fes.de/fulltext/bueros/sofia/00621009.htm#tab4> 25.10.2005.
- Munzinger Online (2003): Serbien und Montenegro, Wirtschaft im Überblick. <http://www.munzinger.de> 25.10.2005.

Die Vojvodina und ihre Nachbarn auf dem steinigen Weg zu guter Nachbarschaft

Béla Filep, Doris Wastl-Walter

1. Einleitung

Der multiethnische Charakter der Vojvodina sowie ihre geographische Lage bilden die Basis für die Vielfalt von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachbarschaften innerhalb dieser autonomen Provinz im Norden Serbiens und für ihr Verhältnis zu den anderen Teilen Serbiens sowie den angrenzenden Staaten. In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf die Nachbarschaftsbeziehungen, die über die Provinz- und Staatsgrenzen hinweg reichen. Dabei gibt es einen zentralen Aspekt zu berücksichtigen: Die Vojvodina verfolgt als Autonome Provinz (AP) Serbiens keine eigenständige Außenpolitik, diese wird durch die Zentralregierung in Belgrad vorgegeben. So werden Verhandlungen und Entscheidungen zu vielen Fragen, auch wenn sie die Vojvodina unmittelbar oder direkter betreffen als Zentral- und Südserbien, von der Zentralregierung und auf zwischenstaatlicher Ebene geführt, respektive gefällt. Diese Abhängigkeit hat die Vojvodina nicht zuletzt innerhalb ihrer unmittelbaren Nachbarschaft lange Zeit isoliert, denn nur langsam hat sich Serbien seit den Jugoslawien-Kriegen in den 1990er Jahren Richtung „Europa“ bewegt. Mit dem Inkrafttreten eines neuen Statuts am 1. Januar 2010 hat die AP Vojvodina immerhin weiterreichende Kompetenzen im Bereich der Außenbeziehungen erhalten. Sie kann zum Beispiel – im Einklang mit der Außenpolitik Serbiens – Abkommen mit anderen Regionen abschliessen und eigene Vertretungen eröffnen. Die Ausweitung der außenpolitischen Kompetenzen der Provinz ist vor allem für die Kooperation mit Partnern in der grenznahen Nachbarschaft wichtig, so kann die Vojvodina ihre grenzüberschreitenden Interessen eigenständig verfolgen und mit Verwaltungen und Institutionen ausserhalb Serbiens vom Zentralstaat unabhängig zusammenarbeiten.

Die Vojvodina pflegt Nachbarschaftsbeziehungen auf verschiedenen Ebenen: einerseits zum Zentralstaat Serbien, in dessen Abhängigkeit sie sich befindet, andererseits zu den angrenzenden Nationalstaaten Ungarn, Kroatien und Rumänien, sowie zu deren regionalen und lokalen Territorialeinheiten, welche im grenznahen Raum zur Vojvodina gelegen sind. Diese Beziehungen sind ganz unterschiedlich in ihrer Qualität und differieren stark je nach spezifischen Interessen und der Ebene der Nachbarschaft, sei sie zwischenstaatlich, regional oder